

# 7-PUNKTE-PROGRAMM 2014 FÜR DIE WAHLEN IN DEN GROSSEN RAT

---

Im Hinblick auf die Wahlen in den Grossen Rat 2014 werden von den Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden folgende Zielsetzungen für die Amtsperiode 2014-2018 festgelegt, die Voraussetzung für die Unterstützung im Wahlkampf für wirtschaftsnahe Kandidatinnen und Kandidaten bilden.

## 1. KMU-Politik

- Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Massnahmen auf ein Wachstum von mindestens 2% pro Jahr und eine Stärkung der Wirtschaft in Regionen mit Wachstumspotential und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für KMU.

## 2. Finanzpolitik

- Stärkung des Wirtschaftsstandortes dank konkurrenzfähiger steuerlicher Massnahmen.
- Einhaltung einer konsequenten Finanzhaushaltsdisziplin.
- Die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons dürfen nicht stärker wachsen als das BIP. Die Staatsquote ist mindestens stabil zu halten, nach Möglichkeit zu senken. Keine Neuverschuldung.

## 3. Bildungspolitik

- Sicherstellung der Gleichwertigkeit der beruflichen Grundbildung mit der Mittelschule sowie der beruflichen Weiterbildung mit der akademischen Laufbahn in allen Belangen.
- Umsetzung einer Bildungspolitik, die auf allen Stufen den Anforderungen der Wirtschaft dient und zu einer Verbesserung des Rekrutierungspotentials führt.

## 4. Verkehrspolitik

- Sicherstellung der Mobilität und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere Optimierung in der überregionalen Verkehrsanbindung (Zürich, München, Lugano)
- Verbesserung der Verkehrswege in die regionalen Zentren zur Erhöhung der Wertschöpfung.
- Gleichwertigkeit in der Förderung von öffentlichem und privatem Verkehr.

## 5. Energiepolitik

- Ja zur Energiewende
- Priorität im Ausbau der Wasserkraft und in der Erhöhung der Wertschöpfung gegenüber den übrigen Energieträgern. Nein zu Marktverzerrungen und nicht marktkonformen Energiepreisen.
- Förderung des Energiesparpotentials bei Neubauten und Sanierungen.

## 6. Regionalpolitik

- Unterstützung von Massnahmen, die zu einer weiteren Reduktion der Anzahl Gemeinden führen (Zielsetzung am Ende der Legislatur: unter 100)

## 7. Standortpolitik

- Positive Haltung zur Diskussionsgrundlage „Ansätze für ein Wirtschaftsentwicklungskonzept in Graubünden“ der Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden vom 14. November 2013